



**Die Fraktion „Bürger für Bürger“
im Rat der Gemeinde Schermbeck informiert
Ausgabe: April 2011**

Fraktionsvorsitzender: Klaus Roth, Am Frankenhof 3, 46514 Schermbeck, T: 02853/2635, klaus.roth46@gmx.de
Stellvertreter: Thomas Pieniak, Lessingstr. 9, 46514 Schermbeck, T: 02853/ 714, thomas.pieniak@t-online.de

**Aktuelle Meldung: Am 12.04.11 um 19.00 Uhr gründen wir die Wählervereinigung „Bürger für Bürger im Rat der Gemeinde Schermbeck“
Über Ihren Besuch in der Gaststätte Overkämping würden wir uns freuen.**

Bauschild am Rathaus



Im Rathaus sollen rd. 400 Leuchten in den Büros und Fluren energiesparend umgerüstet werden. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 23.900 € und wird über das Konjunkturpaket II finanziert. Auf Anfrage teilt uns die Bezirksregierung Düsseldorf mit, dass aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Ländern Bauschilder aufzustellen sind. Das Bauschild einschließlich der Aufstellung kostet 1.000 €. Wir können nicht verstehen, dass in Zeiten leerer Haushaltskassen, wo jede freiwillige Leistung auf den Prüfstand kommt, derartige Schilder aufgestellt werden müssen. Ein Hinweis im Schaukasten des Rathauses oder im Amtsblatt sollte genügen.

Bank an der Lippe in Bricht



Einige ältere Bürger haben Klaus Roth angesprochen, ob nicht auf halber Strecke eines Rundwegs an der Lippe im Ortsteil Bricht eine Sitzgelegenheit aufgestellt werden kann. Klaus Roth hat am 03.01.2010 einen Antrag an den Lippeverband gestellt. Zahlreiche Telefonate und Emails wurden ausgetauscht. Der Grundstückseigentümer war spontan bereit, dass die Bank aufgestellt werden darf. Es hat zwar über ein Jahr gedauert, Ende Februar 2011 wurde die Bank aufgestellt.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

wir haben den Eindruck, dass offenbar einzelne Pressevertreter unserer im letzten Jahr neu gegründeten Fraktion ablehnend gegenüberstehen. Dabei erwarten wir nur eine faire Behandlung, wie sie den übrigen Fraktionen zukommt. Über unsere Pressemitteilungen und Anträge wird häufig nicht berichtet und/oder in Berichten wird scheinbar bewusst der Informant „BfB, Klaus Roth oder Thomas Pieniak“ nicht genannt.

Wir haben daher beschlossen, auch wenn der Zeitaufwand sehr hoch ist, Sie über unser Engagement für den Bürger in unregelmäßigen Abständen mit einem Rundschreiben zu informieren.

Außerdem haben Sie bei Interesse die Möglichkeit, unser „Internet-Blättchen“ anzufordern. Sie werden dann zeitnah über unsere Anträge regelmäßig informiert. Ihre Email-Adresse halten wir geheim. Interesse?, dann mailen Sie uns Ihre Email-Adresse zu.

Wir wünschen Ihnen für das bevorstehende Osterfest einige besinnliche hoffentlich sonnige Tage. Sollten Sie einen Urlaub planen, eine unfallfreie Hin- und Rückfahrt.

Ihre



Klaus Roth (Fraktionsvorsitzender)



Thomas Pieniak (Stellv. Frak.Vors.)

Foto-Automat im Rathaus

Bürgermeister Spahl aus Rednitzhembach schaffte das Unmögliche. Die 7.000-Seelen-Gemeinde hatte Mitte der 90er Jahre noch eine Pro Kopf Verschuldung von 725 Euro. Seit einigen Jahren ist die Gemeinde schuldenfrei. Alle Einnahmemöglichkeiten werden wahrgenommen.

Im Jahre 2009 hat die Firma Zölls kostenfrei im Rathaus einen Foto-Automaten aufgestellt. Lediglich die Software musste angeschafft werden, damit die Bilder direkt ans Einwohnermeldeamt übermittelt werden können. Das spart pro Pass-Antrag zehn Minuten Zeit, die für andere Aufgaben verwendet werden kann. Der Automat wird kostenlos gewartet. Für vier Pass-Fotos zahlt der Bürger lediglich 5,00 €. Die Kämmerin hat Klaus Roth in einem Telefonat bestätigt, dass außerdem noch 10 % Provision der Einnahmen in die Gemeindekasse fließen.

Wir haben zwischenzeitlich eine Firma gewinnen können, die wie in Rednitzhembach kostenlos einen Foto-Automaten ins Schermbecker Rathaus installieren würde. Mit unserem Antrag vom 17.02.2011 an BM Grüter haben wir angefragt, ob ein derartiges Projekt auch in Schermbeck zu realisieren ist. Eine Antwort steht noch aus.

Rohrbruch in der Gesamtschule

Mit großer Bestürzung haben wir Anfang des Jahres aus der Presse entnommen, dass im Keller der Gesamtschule durch ein abgerissenes Rohr ein Wasserschaden entstanden ist. Glücklicherweise wird der in sechsstelliger Höhe festgestellte Schaden von der Versicherung getragen. Unverständlich, dass die Schießgruppe Altschermbeck ihren Schaden auf eigene Rechnung beheben muss. Wir haben am 12.01.2011 bei BM Grüter angefragt, wie die öffentlichen Gebäude während der Ferien oder während der Feiertage beaufsichtigt werden. Antwort der Verwaltung: „Das kann personell nicht abgedeckt werden.“

Risse im Straßenbelag „Bösenberg“



In den Jahren 2006 bis 2008 wurde der komplette Bösenberg einschließlich Gartenstraße und dem Rosenweg für 60.000 € saniert. Erneut sind in der Fahrbahndecke Risse aufgetreten. Wir haben BM Grüter am 20.01.2011 aufgefordert uns mitzuteilen, wer für die Sanierung der erneut festgestellten Risse bzw. für Folgeschäden im Straßenbelag aufkommt. Das ausführende Unternehmen? Wie sehen die vertraglichen Abmachungen aus?

Antwort der Verwaltung: Anstelle einer grundlegenden und teuren Sanierung wurde ein Dünnschichtbelag aufgetragen. Der starke Winter habe an dieser etwa einen Zentimeter dünnen Schicht Schäden verursacht.

Die Verwaltung will versuchen, dass sich der Unternehmer an einer neuerlichen Sanierung beteiligt.

Veräußerung des neuen Rathauses?

Die USWG-Fraktion hat die Frage gestellt, ob man sich nicht vom großen, neuen Rathaus trennen kann, um möglichen Renovierungsaufwand zu sparen. Als Alternative schlägt sie ein Großraumbüro in der jetzigen Bücherei und ein Rückzug ins alte Rathaus vor. Die Fraktionen wurden von der Dorstener Zeitung gebeten, hierzu kurz Stellung zu nehmen:

Unsere Antwort: Ist denn schon 1. April? BM Grüter am 04.02.11 in der WAZ: Wir haben einen Abbau von 8 Stellen seit 2005. Fakt ist jedoch, in 2005 wurden 4,4 Mio. € Personalkosten (86,5 Beschäftigte) ausgewiesen, 5,1 Mio. € (84,5 Beschäftigte) in 2010. Zum Vergleich Raesfeld: 2,2 Mio. € (43 Beschäftigte + 9 geringf. Beschäftigte) in 2005 bzw. 2,6 Mio. € (45,5 Beschäftigte) in 2010. Erforderlich ist eine Personal-, Raum- und Belegungsanalyse. So hat Schermbeck 17 Beamte, Raesfeld 11,3. Es ist zu prüfen, ob nach Auslaufen der Zweckbindung eine Vermarktung des Alten Rathauses (2018) und der ehemaligen reformierten Kirche (2012) möglich ist.

Modellprojekt Nachbarschaftsberater

Frau Oberlin, Leiterin der NBB-Stelle hat im Wirtschaftsförderungsausschuss am 28.09.2010 auf Anfrage von Klaus Roth zugesichert, dass dem Protokoll eine Aufstellung über die Anzahl der Anfragen, differenziert nach den jeweiligen Beratungsangeboten, beigelegt wird. Leider stellten wir fest, dass dem Protokoll keine Aufstellung beigelegt. Wir haben bei BM Grüter am 02.02.2011 die Nachsendung angemahnt. Antwort der Verwaltung: „Die von Ihnen getroffene Behauptung, wonach Frau Oberlin eine Aufstellung zugesichert hat, ist nicht richtig“. 5 von 11 Sitzungsteilnehmern haben Klaus Roth schriftlich bestätigt, dass Frau Oberlin die Aufstellung zugesichert hat. Daraufhin habe ich BM Grüter erneut am 07.02.2011 aufgefordert, die Unterlage nachzureichen. Antwort der Verwaltung: „Nach erneuter Prüfung bleibt es dabei, Frau Oberlin hat die Zusicherung nicht abgegeben.“

Am 17.03.2011 wurde den Fraktionen ein Tätigkeitsbericht der NBB zugestellt. Bereits Anfang März wurde dieser Bericht dem Kreistag zugeleitet. Wir haben daraufhin Protest bei BM Grüter eingelegt, dass den Mitgliedern des Rates der Gemeinde Schermbeck bisher dieser Bericht vorenthalten wurde. Für uns eine Missachtung des Schermbecker Parlaments.

Interessant ist aus dem Bericht festzuhalten, dass es innerhalb von 17 Monaten 35 Beziehungskontakte, also 2 pro Monat gegeben hat. Wenn Herr Dr. Schmitz, Vors. der CDU-Kreistagsfraktion davon spricht, dass Erfahrungen gewonnen werden sollen, um die Übertragbarkeit auf andere Kommunen zu prüfen, fordern wir ihn auf, sämtliche bisher entstandene Aufwendungen (bisher ca. 100.000 €) über den Kreishaushalt zu übernehmen. Der Wirtschaftsminister von NRW lehnt aufgrund unserer Anfrage vom 16.01.2011 eine Übernahme der Aufwendungen ab.

Wir fragen uns mittlerweile: Ist die Verwaltungsspitze als Leitung der Verwaltung ihren Aufgaben noch gewachsen?

Einstellung der Anlagen zu den Tagesordnungspunkten ins Internet

Der Fraktion „Bürger für Bürger“ ist es zu verdanken, dass ab Sept. 2010 auch die Anlagen zu den jeweiligen TOP für Rats-/Ausschusssitzungen im Internet eingestellt werden. Der Bürger hat bei Interesse die Möglichkeit, sich umfassender zu informieren.

Dorfgemeinschaftshaus

Der HFA hat am 01.12.2010 beschlossen, dass im Obergeschoss des Feuerwehrgerätehauses Altschermbeck neue Veranstaltungsräume für die Dorfgemeinschaft entstehen sollen. Unter anderem wird dieses Projekt mit 98.335 € durch eine LEADER-Zuwendung unterstützt. Wir haben BM Grüter am 12.12.2010 gebeten, uns eine Kopie des Förderbescheides zu überlassen. Antwort der Verwaltung: „Es besteht die Möglichkeit im Rahmen des Akteneinsichtsrechts für Ratsmitglieder.“

Mit dieser Antwort, uns Informationen als gewählte Vertreter der Bürger vorzuenthalten, haben wir uns nicht zufrieden gegeben. Wir haben daher eine Anfrage an die Bezirksregierung Düsseldorf gestellt. Uns wurde am 25.01.2011 mitgeteilt:

- 1) Voraussetzung ist eine uneingeschränkte öffentliche Nutzung über 20-25 Jahre.
- 2) Die Einrichtung muss grundsätzlich allen Vereinen, Gruppierungen und Bürgern offen stehen.
PS: Aus den vorliegenden Unterlagen ist nicht zu erkennen, ob auch behinderte Bürger mit Rollstuhl oder Rollator die Räume nutzen können.
- 3) Eine Beschränkung auf bestimmte Vereine, z.B. nur solche, die sich mit Hand- und Spanndiensten am Bau beteiligt haben, ist nicht zulässig.

Um unserer Kontrollfunktion nachzukommen haben Bündnis 90/Die Grünen, Bürger für Bürger und USWG gemeinsam den Antrag auf Beratung und Beauftragung der Verwaltung zur Vorlage einer Regelung über die Nutzung in der nächsten Sitzung des HFA gestellt.

BfB ist der Auffassung, dass ein gemeinsames Feuerwehrgerätehaus auf Dauer Kostenvorteile gebracht hätte. Die von uns geforderte Wirtschaftlichkeitsrechnung hat BM Grüter nicht vorgelegt.

Keiner wird zum Sozialfall

Zum Sozialfall sind die Ex-Kabinettskollegen von Jürgen Rüttgers nach den fünf Ministerjahren nicht geworden. Ab dem 60. Lebensjahr erhält jeder monatlich 4.047 € Rente für die Episode im Kabinett. Andere Einkünfte und frühere Versorgungsansprüche sind dabei nicht eingerechnet. (WAZ vom 26.03.2011)